

Ziel 8

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle

Ziel 8**Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern**

- 8.1** Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten
- 8.2** Eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen, einschließlich durch Konzentration auf mit hoher Wertschöpfung verbundene und arbeitsintensive Sektoren
- 8.3** Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen, und die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen
- 8.4** Bis 2030 die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen
- 8.5** Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen
- 8.6** Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern
- 8.7** Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen

- 8.8** Die Arbeitsrechte schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, fördern
 - 8.9** Bis 2030 Politiken zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus erarbeiten und umsetzen, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert
 - 8.10** Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern
-
- 8.a** Die im Rahmen der Handelshilfe gewährte Unterstützung für die Entwicklungsländer und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder erhöhen, unter anderem durch den Erweiterten integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder
 - 8.b** Bis 2020 eine globale Strategie für Jugendbeschäftigung erarbeiten und auf den Weg bringen und den Globalen Beschäftigungspakt der Internationalen Arbeitsorganisation umsetzen

SDG 8 behandelt zwei Bereiche: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Dabei steht das Ziel in einem erheblichen Spannungsverhältnis zu den ökologischen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels und zum Erhalt der Ökosysteme (SDG 13 bis 15).

Eine der zentralen Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 besteht daher darin, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen und mehr Beschäftigung vor allem in den Ländern des globalen Südens zu generieren, ohne dabei die weltweiten ökologischen Rahmenbedingungen weiter zu überschreiten. Wie dies erreicht werden kann, dazu bleiben SDG 8 und seine zwölf Zielvorgaben allerdings vage.

SDG 8 zeigt vielmehr, dass die Regierungen in der Agenda 2030 die problematische, weil externe (ökologische) Effekte und Verteilungsfragen ignorierende Orientierung am Wirtschaftswachstum nicht überwunden haben. Zwar qualifiziert SDG 8 Wachstum durch die Adjektive „dauerhaft, breitenwirksam und nachhaltig.“ Als Indikator für die Fortschrittmessung beließen es die Regierungen dann aber bei dem konventionellen Maß der jährlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (SDG-Indikator 8.1.1).

Immerhin verpflichteten sich die Regierungen mit der Zielvorgabe 8.4, die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion schrittweise zu verbessern und die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung „anzustreben“. Angesichts der weltweiten ökologischen Krisen ist diese Absichtserklärung allerdings völlig unzureichend.

Unzureichendes Wachstum und fatale Rohstoffabhängigkeit der ärmsten Länder

In den ersten fünf Jahren der Agenda 2030 kam das Wirtschaftswachstum der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zu keinem Zeitpunkt in die Nähe der Zielmarke von 7 Prozent. Während es in der ersten Dekade dieses Jahrtausends kurzzeitig bei über 8 Prozent lag, war es bereits 2015 wieder auf unter 4 Prozent gefallen und hatte sich auch in den Folgejahren nur leicht erholt. Für 2020 hatte die UN ursprünglich ein Wachstum von 5,7 Prozent prognostiziert.²⁶⁵ Doch dann wurden auch die LDCs hart von der Coronakrise getroffen. Statt das 7 Prozent-Ziel zu erreichen, brachen die Wachstumsraten 2020 auch in den LDCs rapide ein.²⁶⁶

Da solides Wirtschaftswachstum gerade in den ärmsten Ländern weiterhin eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung von Jobs, für die Stärkung der Kaufkraft und die Finanzierung der Staatsausgaben ist, gefährdet die wirtschaftliche Rezession auch Fortschritte bei vielen anderen SDGs. Das gilt auch für die reicheren Länder inklusive Deutschland, da die gesamte Weltwirtschaft 2020 eine massive Rezession erlebte, deren Auswirkungen auch in den Folgejahren noch zu spüren sein werden.

Ein grundlegendes Problem bei den meisten LDCs ist ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Rohstoffsektor. Häufig besteht eine Abhängigkeit von nur einem oder wenigen Mineral- oder Agrarrohstoffen wie zum Beispiel Erdöl, Kupfer oder Kaffee. Damit ist das Wirtschaftswachstum des ganzen Landes stark abhängig von der Nachfrage und den Preisen dieses Produktes, und diese schwanken auf den Weltmärkten traditionell weit stärker als jene für verarbeitete Güter oder Dienstleistungen.

Infolge der Coronakrise waren zahlreiche Länder des globalen Südens, vor allem in Afrika und Lateinamerika vom vorübergehend rapiden Verfall der Rohstoffpreise betroffen. Das galt sowohl für Erdöl und Erdgas als auch für Industriemetalle wie Aluminium und Kupfer. Im April 2020 war der Rohstoffpreisindex von UNCTAD 39,2 Prozent niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres.²⁶⁷ Der Einbruch der entsprechenden Exporteinnahmen in Kombination mit den Lockdowns der nationalen Wirtschaft ließ das Wachstum kollabieren. Allerdings kommt in rohstoffintensiven Ökonomien häufig von den Wachstumszuwächsen ohnehin nur wenig bei der Bevölkerung an, da in diesem Sektor nur wenig gute Jobs geschaffen werden – von den ökologischen Folgen der Rohstoffausbeutung ganz zu schweigen.

265 <https://unstats.un.org/sdgs/report/2019/goal-08/>

266 Vgl. UN DESA (2020a).

267 Vgl. UNCTAD (2020).

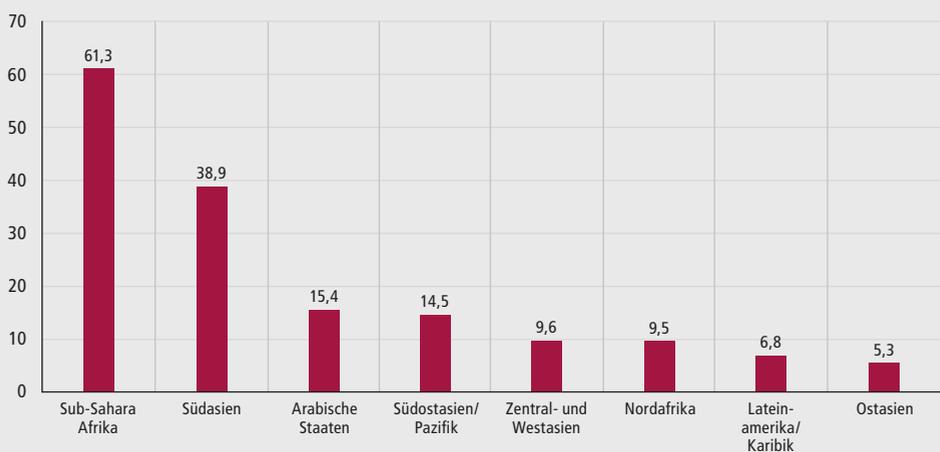
Working poor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Eine übergeordnete Zielvorgabe von SDG 8 ist die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit für alle Beschäftigten. Dazu gehört auch eine gerechte und menschenwürdige Entlohnung, die es arbeitenden Menschen und ihren Familien erlaubt, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Gesellschaft teilzuhaben.

Aber noch immer leben viele Menschen in Armut, obwohl sie erwerbstätig sind. Nach Angaben der ILO zählten 2019 weltweit mehr als 630 Millionen Menschen zu den *working poor*.²⁶⁸ Das sind nach ILO-Definition Personen, die trotz Arbeit unter der Armutsgrenze von 3,20 US-Dollar pro Tag (in Kaufkraftparitäten) leben. Die Anzahl der *working poor* konnte zwar in den letzten drei Jahrzehnten deutlich um über 500 Millionen Menschen reduziert werden, mehr als die Hälfte des Rückgangs ist allerdings allein auf die wirtschaftlichen Erfolge Chinas zurückzuführen. In den ärmsten Ländern steigt die Zahl dagegen immer noch an, in Sub-Sahara Afrika liegt der Anteil der Armen an der arbeitenden Bevölkerung bei über 60 Prozent (vgl. Abbildung 8.1).

Abbildung 8.1

Anteil der Armen an der arbeitenden Bevölkerung nach Regionen 2019
(in Prozent)



Quelle: ILO (2020)

Auch in Deutschland ist die Situation nicht für alle Arbeitnehmer*innen zufriedenstellend. Die Arbeitslosigkeit hat zwar im letzten Jahrzehnt kontinuierlich abgenommen – so betrug 2019 die Arbeitslosenquote nur noch 5,0 Prozent, womit im Jahresdurchschnitt rund 2,3 Millionen Personen als Arbeitslose registriert waren.²⁶⁹ Doch die Zahl sogenannter atypisch Beschäftigter nahm seit 1990 rapide zu und stagniert seit 2007 auf hohem Niveau (vgl. Abbildung 8.2). Dazu gehören befristet, geringfügig oder in Teilzeit Beschäftigte, aber auch Zeitarbeiter*innen. 7,3 Millionen Menschen waren in Deutschland 2019 atypisch beschäftigt, gegenüber 26,2 Millionen in Normalarbeitsverhältnissen und 3,5 Millionen Selbstständigen.²⁷⁰ Zwei Drittel, also die große Mehrheit der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, werden von Frauen ausgefüllt, nämlich 5,1 Millionen. Dies wirkt sich negativ auf das Einkommensniveau und die soziale Sicherung von Frauen in Deutschland aus.

Selbst in einem reichen Land wie Deutschland können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben. Ein knappes Viertel der Bezieher des Arbeitslosengeldes II (ALG II), umgangssprachlich als *Hartz IV* bezeichnet, sind sogenannte Aufstocker. Dies sind Menschen, die einer Berufstätigkeit nachgehen, aber trotzdem ein zu geringes Einkommen erzielen, um ihre Grundbedürfnisse decken zu können. Der Anteil dieser Aufstocker ist seit 2015 trotz besserer Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur marginal gesunken.²⁷¹

Der Indikator „Anteil der Aufstocker an den ALG II-Empfänger*innen“ wurde 2018 auch in das neue SDG-Indikatorenset für die kommunale Ebene in Deutschland aufgenommen, weil es für diese Ebene eine aussagekräftige Ergänzung zu den SDG-Indikatoren der UN darstellt.²⁷²

Die hohe Beschäftigungsquote in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern hat aber auch Nachteile. Viele Deutsche „Arbeiten am Limit“ – so der passende Titel der Ausgabe von 2019 des Reports zum Index Gute Arbeit, der jährlich vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird.²⁷³ Die Arbeitsintensität ist hoch, die Verdichtung führt zu einer systematischen Überlastung vieler Arbeitnehmer*innen und letztendlich zu psychischen und gesundheitlichen Problemen bis hin zum Burnout.

Der DGB argumentiert, dass keine einzige der Branchen der deutschen Wirtschaft einen Indexwert erreicht, der der Klassifizierung als „Gute Arbeit“ gerecht würde, die im Index ab 80 von 100 möglichen

269 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/eckwerttabelle.html>

270 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/atyp-kernerwerb-erwerbsform-zr.html>

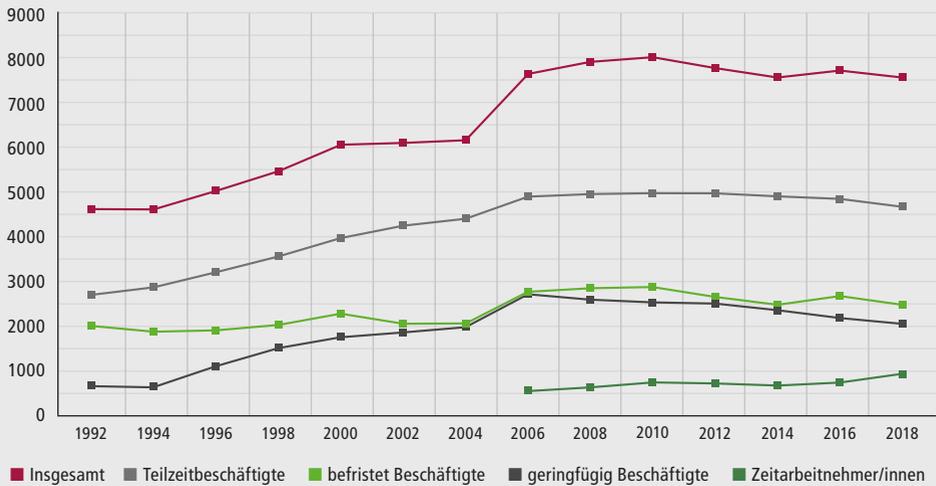
271 <https://www.hartziv.org/aufstocker.html#zahl-der-aufstocker-sinkt-leicht>

272 Vgl. Bertelsmann Stiftung et al. (2018), S. 30.

273 Vgl. DGB (2019b).

Abbildung 8.2

Atypische Beschäftigung in Deutschland (in 1000 Beschäftigten)



Quelle: www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/atyp-kernerwerb-erwerbsform-zr.html

Punkten erreicht ist. Selbst die am besten bewerteten Branchen – das sind „Information und Kommunikation“ sowie „Öffentliche Verwaltung“ – sind mindestens 10 Punkte davon entfernt. Besonders bedenklich: Gerade die für die SDGs besonders wichtigen Sektoren „Bildung und Unterricht“ und „Gesundheitsdienstleistungen“ schneiden gemeinsam mit den Jobs in Handel und Logistik am schlechtesten ab.²⁷⁴

Die häufig miserablen Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren wurden auch in der Coronakrise offenbart, als gerade Gesundheitsarbeiter*innen an vorderster Front gegen die Krise ankämpften. Einmalige Sonderzahlungen an Pflegekräfte, wie sie in der Krise von Bundestag und Bundesregierung verfügt wurden, lösen dabei die strukturellen Probleme im Gesundheitssektor nicht.²⁷⁵ Auch die prekären Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie und im Online-Handel gerieten infolge der Krise verstärkt in die Kritik von Öffentlichkeit und Gewerkschaften.²⁷⁶

274 Vgl. DGB (2019a), S. 40.

275 <https://oeffentlicher-dienst-news.de/corona-bonus-1500-euro-sonderpraemie-fuer-beschaefigte-in-der-stationaeren-langzeitpflege-und-der-ambulanten-pflege/>

276 Vgl. z.B. <https://www.dgb.de/themen/++co++fa053272-d1a7-11ea-bd7f-001a4a160123> und <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon/++co++217910b4-68ca-11e4-a52a-5254008a33df>

Inklusion in der Beschäftigung

Auch beim Thema Inklusion in der Beschäftigung hat Deutschland noch Hausaufgaben zu erledigen. Verschiedene UN-Menschenrechtsinstitutionen haben Empfehlungen an die Bundesregierung ausgesprochen, wie die Situation von Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen, Migrant*innen und Flüchtlingen sowie anderen Bevölkerungsgruppen verbessert werden kann. Empfohlen werden unter anderem Anreize für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern, sowie Maßnahmen zur Verringerung der Lohn- und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, zum Beispiel weitreichende Gleichstellungsgesetze für die Privatwirtschaft.²⁷⁷

2020-Ziel zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit verfehlt

SDG 8 enthält auch die Zielvorgabe (8.6), bereits bis 2020 den Anteil junger Menschen erheblich zu verringern, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen. Verschiedene Regionen und Länder sind von Jugendarbeitslosigkeit sehr unterschiedlich betroffen. In Deutschland war die Lage in den letzten Jahren aufgrund der guten Situation am Arbeitsmarkt relativ entspannt. Eine Ausnahme bildete die Inklusion besonders verletzlicher Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Migranten*innen und Asylbewerber*innen, die teils per Gesetz vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Schwer von Jugendarbeitslosigkeit betroffen waren jedoch Länder in Mittel- und Osteuropa, sowie Länder in Südeuropa, die unter der Eurokrise litten. Zum Höhepunkt der Eurokrise war ein Viertel der jungen Menschen in der EU von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. In von Krise und Austeritätspolitik besonders schwer betroffenen Ländern wie Griechenland stieg die Quote zeitweise auf über 50 Prozent. Seit 2014 waren die Raten zwar deutlich gesunken, jedoch nie unter 14 Prozent gefallen.²⁷⁸ Es ist zu erwarten, dass sie infolge der Coronakrise nun wieder steigen werden. Denn die längerfristigen Auswirkungen der Krise sind zwar noch nicht absehbar, Jugendliche sind aber besonders anfällig, wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert. Wenn Unternehmen Einstellungsstopps verhängen, trifft das besonders die Berufseinsteiger*innen. Sie haben auch oft prekäre Arbeitsverträge, die sich leichter kündigen lassen.

Was die globale Situation angeht, so berichtet die ILO, dass sich im Jahr 2019 weltweit 267 Millionen Jugendliche weder in einem Ausbildungs-

277 Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (2015), S. 15ff.

278 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics#Youth_unemployment

noch Beschäftigungsverhältnis befanden. Ihre Arbeitslosenrate war mit 22,2 Prozent höher als in den vergangenen zehn Jahren. Das Ziel, den Anteil bis 2020 „erheblich“ zu verringern, wurde damit deutlich verfehlt. Zudem zeigt sich auch hier eine signifikante Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Junge Frauen sind mit einer Rate von 31 Prozent mehr als doppelt so häufig von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen wie Männer (14 Prozent).²⁷⁹

Arbeitsrechte weltweit weiterhin gefährdet

SDG 8 sieht auch vor, Arbeitsrechte insgesamt zu schützen und sichere Arbeitsumgebungen zu schaffen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) beobachtet Arbeitnehmerrechte in 144 Ländern und erstellt dazu den Global Rights Index, der jährlich aktualisiert wird. Der IGB berichtet in seinem Report 2020, dass der Index den schlechtesten Wert seit sieben Jahren aufweist.²⁸⁰ Damit zeigt der Trend seit Verabschiedung der SDGs nach unten. Besonders problematisch ist die Entwicklung beim Streikrecht, bei fairen Tarifverhandlungen und den allgemeinen Gewerkschaftsrechten.

Die problematischste Region für Arbeitnehmer*innen ist laut IGB der Nahe Osten und Nordafrika. Dort kommt erschwerend hinzu, dass gewaltsame Konflikte in Ländern wie Jemen, Libyen, Palästina und Syrien die Durchsetzung der Arbeitsrechte erschweren. Doch viele Probleme sind laut IGB weltweit zu beobachten:

- » Das Streikrecht wurde in 85 Prozent der untersuchten Länder verletzt.
- » Das Recht auf freie Tarifverhandlungen wurde in 80 Prozent der Länder verletzt.
- » In 61 Ländern kam es zu willkürlichen Verhaftungen von Arbeiter*innen.
- » In 51 Ländern wurden Arbeiter*innen getötet, u. a. auch bei gewerkschaftlich organisierten Protesten.

279 Vgl. ILO (2020), S. 20.

280 Vgl. ITUC (2020).